

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Ehmke (Ettlingen)
und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 10/1816 —

Einleitung von N, N-Dibutyl-formamid durch die BASF

Der Bundesminister des Innern – U III 5 - 98/2 – hat mit Schreiben vom 15. August 1984 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

Gemäß Artikel 75 Nr. 4 des Grundgesetzes verfügt der Bund im Bereich des Wasserhaushalts nur über eine Rahmengesetzgebungskompetenz. Für Einzelregelungen und insbesondere den Vollzug sind die Länder zuständig.

Die nachfolgende Antwort auf die Kleine Anfrage stützt sich insbesondere auf Informationen des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten Rheinland-Pfalz. Danach ist in den Abwässern der BASF eine Vielzahl von Stoffen enthalten, die wegen des analytischen Aufwands und der Methodik nur als Summenparameter zu erfassen sind. Nur wasserwirtschaftlich besonders relevante Einzelsubstanzen werden gesondert analysiert und bewertet. Die für die Überwachung der Einleitungen der BASF zuständige Wasserbehörde sieht dies als die sinnvollere Art der Gewässerüberwachung an. Dibutyl-formamid wird als spezielles Lösungsmittel bei der BASF AG hergestellt und eingesetzt. Im Vergleich zu vielen anderen Lösungsmitteln wird es als weniger umweltbelastend eingestuft. Ein besonderes toxisches Potential soll nicht vorliegen.

Auch die Datenbank für wassergefährdende Stoffe (DABAWAS) verfügt bisher nicht über nähere Informationen über die Eigenschaften dieses Stoffs, die eine weitergehende ökotoxikologische Bewertung ermöglichte.

Dies vorangestellt, beantworte ich Ihre Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt:

1. Ist der Bundesregierung bekannt gemacht worden, daß am 15. bis 17. Mai 1984 von der BASF AG stoßweise N,N-Dibutyl-formamid eingeleitet wurde?
2. Kann sie die Information der GRÜNEN bestätigen, daß dieser Vorgang bisher seitens der BASF geheim gehalten wurde?

Die zuständige Wasserbehörde des Landes Rheinland-Pfalz wurde von der BASF AG über eine erhöhte Dibutyl-formamid-Einleitung nicht informiert. Dazu wurde im Hinblick auf das relativ geringe toxische Potential dieses Stoffs und die Erfassung derartiger Stoffe in Summenparametern auch keine zwingende Notwendigkeit gesehen.

Von einer „Geheimhaltung“ kann nach Auffassung des zuständigen Landesministeriums keine Rede sein.

3. Plant sie, initiativ zu werden, damit die Informationen über derartige Vorkommnisse zukünftig besser fließen können?

Die zuständige Wasserbehörde in Rheinland-Pfalz wird darauf hinwirken, daß das interne Informationssystem in der BASF AG hinsichtlich Betriebsstörungen im Produktionsbereich und Änderungen der Abwassermengen und -zusammensetzungen der mehr als 300 einzelnen Produktionsbetriebe verbessert wird, um gegebenenfalls durch rechtzeitige betriebsinterne Maßnahmen einer Gewässerbelastung entgegenzutreten zu können.

Darüber hinaus ist mit dem Internationalen Warn- und Alarmplan Rhein ein Instrument geschaffen worden, mit dem sichergestellt ist, daß bei außergewöhnlichen Belastungen des Rheins mit problematischen Stoffen die davon Betroffenen, darunter die Wasserversorgungsunternehmen, unverzüglich informiert werden. An der Verbesserung dieses Meldesystems wird laufend gearbeitet.

4. Wie beurteilt sie die Entfernungsleistungen der Uferfiltration, da nach internen Untersuchungen der BASF N,N-Dibutyl-formamid biologisch im Rahmen des Reinigungsprozesses im Abwasser sich als schwer abbaubar erwies?
5. Ist nach Erkenntnissen der Bundesregierung N,N-Dibutyl-formamid an Aktivkohle adsorbierbar, und auf welche Grundlagen stützt sie ihre Erkenntnisse?

Dem Land Rheinland-Pfalz liegen hierzu Untersuchungen des Engler-Bunte-Instituts Karlsruhe über die Entfernung von Wasserinhaltsstoffen durch Uferfiltration und Aktiv-Kohlebehandlung für Wasser, das als Rohwasser für die Trinkwasserversorgung dienen soll, vor. Es geht auf Grund dieser Untersuchungen davon aus, daß bei der Wasseraufbereitung auch diese Substanz weitgehend eliminiert wird. Inwieweit dabei in dem vorliegenden Fall eine zusätzliche Trinkwasserbelastung mit Sicherheit ausgeschlossen war, vermag die Bundesregierung nicht zu beurteilen; hierzu wären gegebenenfalls gezielte örtliche Untersuchungen durch die Vollzugsbehörden erforderlich.